

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion: Tagesblatt Riesa.
General-Red. 10.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Stadtrats Riesa und des Hauptkollektivs Riesa.

Postfachamt Dresden 1530
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 267.

Dienstag, 16. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Preis beträgt für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgabe und Materialsteuern, die sich auf die Herstellung und den Vertrieb des Tagesblattes auswirken, wird die Redaktion nicht verantwortlich gemacht. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und nach dem Platz der Anzeigen bestimmt. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und nach dem Platz der Anzeigen bestimmt. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen und nach dem Platz der Anzeigen bestimmt.

„Polnisch“=Oberschlesien.

Es gibt kein polnisches Oberschlesien. Wohl aber eine deutsche ober-schlesische Bevölkerung, die durch einen Versailles-Friedensvertrag zwangsweise und im schiefen Gegenlicht zum Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes innerhalb der Grenzen des polnischen Staates eingekerkert wurde. „Polnisch“=Oberschlesien ist deutsch! Seine Sprache ist deutsch, seine Sitten und seine Kultur sind deutsch, Volkstum und Mentalität sind deutsch. Nur die Grenzverläufe tragen die polnischen Farben. Nur die Organisation des staatlichen Betriebes, der wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes sind polnisch. Sie ist auch danach, Wärfen, Geld, Zuteilung der früher so lebenswichtigen Fabriken, Zerstörung der ganzen Industrie, Hungerknot, Teuerung, Korruption in den Verwaltungsbehörden — das alles sind Erscheinungen, die ausgesprochen polnisch anzusehen sind. Denn sie sind der „Erfolg“ einer Warschauer Minderheitspolitik, Produkt einer Behandlung wirtschaftlicher Dinge, die sich eben in einer „polnischen Wirtschaft“ aneinanderreihen lassen.

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in „Polnisch“=Oberschlesien ist ein Schlag gegen Warschau, der in seiner Bedeutung und in seiner Auswirkung niemals überschätzt werden kann. Das Resultat ist eine vernichtende Abrechnung der ober-schlesischen Bevölkerung mit dem Warschauer Kurs. Eine Abrechnung, die uns zwingt, an der Erkenntnis des wahren Gesichts „Polnisch“=Oberschlesien führt, als sie trotz eines ungeheuerlichen Druckes, trotz eines mit allen Machtmitteln konsequent durchgeführten Terrors der polnischen chauvinistischen Parteien und der Warschauer Staatsbehörden sich in unumkehrbar klarer Weise ausdrückte, dokumentierte, der ganzen Welt sich offenbarte. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen erhält zunächst die Tatsache, daß es in „Polnisch“=Oberschlesien keine deutschen Minderheiten gibt, sondern nur eine deutsche Mehrheit, die von einer polnischen Minderheit verzwängt, niedergedrückt und entnationalisiert werden soll. Die Ursache dieses Ergebnisses ist so klar, so voller Ueberzeugungskraft, daß sie die Wahrheit lehren muß, jeden dieser Wahrheit aufhören muß, wenn er nicht gerade an ihr vorbeigehen will.

Betrachtet man die Ergebnisse der ober-schlesischen Gemeinderatswahlen in ihren Einzelheiten, so kommt man zu feststehenden, die mehr als kennzeichnend für den Verwaltungskurs Warschaus in den letzten acht Jahren sind. Man hat zunächst zu beachten, daß seit der Volksabstimmung (wenn man dieser Komödie vor acht Jahren überhaupt den Charakter einer Volksabstimmung geben will) in „Polnisch“=Oberschlesien überhaupt keine Wahlen oder Volksabstimmungen, die einen genauen Nachweis über die Zusammensetzung der Bevölkerung hätten erbringen können, stattgefunden haben. Die merkwürdigste Tatsache, die das jetzige Abstimmungsresultat zeitigt, ist die Feststellung, daß sich das Stimmenverhältnis zugunsten der deutschen Sache erheblich verbessert hat. Das ist umso erstaunlicher, als im Laufe der acht Jahre polnischer Verwaltung große Teile der deutschen Bevölkerung zum Teil freiwillig ausgewandert ist, zum Teil zwangsweise abgeschoben wurde. Man kann sich daher die Verhärtung der deutschen Mehrheit nur durch den Umstand erklären, daß harte polnische Kreise diesmal für die deutschen Wähler stimmten. Kann der Warschauer Regierung ein vernichtendes Urteil ausgesprochen werden, als durch eine solche unmissverständliche Mißtrauensabrechnung selbst der Einwohnergeist Oberschlesiens polnischer Nationalität? In Warschau muß die Wahrheit von dem Wahlergebnis Oberschlesiens wie eine Bombe gewirkt haben. Bis jetzt haben die polnischen Zeitungen noch nicht die Mühe gefunden, zu dem Abstimmungsresultat Stellung zu nehmen. Man darf gespannt sein, festzustellen, wie sie versucht werden, dem Volke und der Welt gegenüber diese Niederlage schmachtend zu machen.

Der Sieg des Deutschtums in Oberschlesien kann selbstverständlich nicht ohne seine politische Auswirkung bleiben. Die Herren in Warschau haben auf Grund der unmissverständlichen Willensäußerung der ober-schlesischen Bevölkerung festzustellen, daß ihre Entdeutschungspolitik, ihre Behandlung der wirtschaftlichen Dinge einen glatten Bankrott erlitten haben. Zum mindesten hat diese Erkenntnis zu einer Änderung des politischen Kurses zu führen. Die polnische Regierung muß einsehen, daß sie mit den Methoden, mit denen sie bis jetzt die Mißregierung der verschiedenen nationalen Minderheiten des Landes versucht, der wirtschaftlichen Zukunft des Staates selbst einen sehr schlechten Dienst antut. Man hat zu beachten, daß die Minderheiten im polnischen Volk ungefähr 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Gegen den Willen eines so starken Prozentsatzes der Bevölkerung kann nicht regiert werden. Es wäre den Herren in Warschau zu empfehlen, wenn sie dem Beispiel, das ihnen die benachbarte Tschechoslowakei gegeben hat, eine ernste Beachtung schenken würden. Der Prozentfuß der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei ist unverhältnismäßig geringer als der in Polen. Trotzdem hat sich Prag bereitgefunden; die Minderheiten des Landes zur positiven Mitarbeit an den Geschicken des Staates heranzuziehen. Man darf überzeugt sein, daß Prag eine solche Folgerung aus der Lage nicht ganz freiwillig gezogen hat. Daß es zu dieser Folgerung gekommen war, wenn es nicht die Krise, unter der die tschechoslowakische Republik seit Jahren leidet, in bedenklicher Weise verschärfen wollte. Es wird den Herren in Warschau nicht erspart bleiben, einen ähnlichen Weg zu gehen. Damit wollen wir keinesfalls sagen, daß dieser Weg die endgültige Lösung des ober-schlesischen Problems bringen kann. Die endgültige Lösung dieser Frage liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Da wir uns jedoch keinesfalls der Ein-

Die Arbeit der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 15. November. Der Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz liegt ein außerordentlich reichhaltiges Material vor. Es umfaßt ungefähr 100 Denkschriften und Zusammenfassungen, die vom Völkerbundsekretariat, vom Internationalen Arbeitsamt, dem Internationalen wissenschaftlichen Institut in Rom, der Internationalen Handelskammer, von den Mitgliedern der drei Unterkomitees, den Sachverständigen, von den Regierungen sowie von den Wirtschaftsverbänden folgender Länder gearbeitet worden sind: Deutschland, Dänemark, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Norwegen, Schweden, Österreich, Holland, Polen und der Tschechoslowakei.

Das Material ist in 14 Gruppen unterteilt und behandelt: landwirtschaftliche Preise, Produkte und Konsumfragen, landwirtschaftliche Organisationsfragen, öffentliche Finanzen, Geld- und Kreditfragen, Handelsfragen, Bevölkerungsfragen, die allgemeine Lage von Industrie und Handel der Welt, ferner Spezialabhandlungen über folgende Industrien: Kohlen, Stahl und Eisen, Baumwolle, Schiffbau, Elektrotechnik, mechanische Industrie, chemische Industrie, Petroleum, Seide und Kunststoffe. Weiter sind behandelt die Verhältnisse der Industrieverbände zur Gesetzgebung und Verwaltung, die Nationalisierung und Standardisierung der Industrie, die wissenschaftlichen Arbeitsorganisationen, Personalfragen, Schiedsverfahren im internationalen Handel, Handelsbilanzen, die Schwierigkeiten und Hindernisse des internationalen Handels, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Ver- und Einkauf, Transport, Monopole, Handelspolitik, und Systeme, Prämien, Dumping, Warenverteilung, Innovationen, Behandlung der Ausländer. Auch die deutschen Industrieverbände, Sachverständigen und Konsummitglieder haben eine Reihe von Beiträgen geliefert.

Die Vorschläge Jonhaug.

Die zweite Tagung der Vorbereitenden Wirtschaftskommission.

Genf, 15. November. Heute vormittag wurde hier die zweite Tagung der Vorbereitenden Wirtschaftskommission eröffnet. Der Präsident Theunis erklärte, daß sowohl der Völkerbundrat, als auch die Vollversammlung im Septem-

ber den Standpunkt eingenommen hätten, daß die Vorbereitende Wirtschaftskommission völlige Freiheit in der Durchführung ihrer Arbeiten und in der Vorbereitung der endgültigen Wirtschaftskommission habe. Er wies dann auf die bekannte Entscheidung der Vollversammlung hin, in der im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftslage der Welt eine beschleunigte Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz, wenn möglich noch im Frühjahr nächsten Jahres, gefordert wird. Die Ausschüsse für die Einberufung hätten sich seit der letzten Tagung der Wirtschaftskommission weitgehend abgesetzt. Die Kommission habe nun die Aufgabe, festzustellen, welche großen internationalen Fragen der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt werden sollen. Der Vorsitzende betonte besonders, daß die Wirtschaftskommission lediglich die Aufgabe habe, ein Arbeitsprogramm für die Weltwirtschaftskonferenz auszuarbeiten. Es sei nicht Aufgabe der Kommission, die einzelnen großen wirtschaftlichen Probleme materiell durchzudiskutieren. Theunis schlug dann das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit vor, das in erster Linie Verhandlungen mit dem Ausland vorzieht.

Hierauf gab der französische Arbeiterdelegierte Jonhaug im Namen der in der Kommission vertretenen Arbeiter eine Erklärung ab, in der das Programm der Arbeiter für die Weltwirtschaftskonferenz gekennzeichnet wird. Es wird darin die Ausarbeitung eines umfassen Programms gefordert, das in erster Linie folgende Punkte enthalten müsse:

1. Stabilisierung der Währung.
2. Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Handels.
3. Industriellenabkommen mit Gewährung von Rechten an Arbeiter und Verbraucher.
4. Organisation der Ein- und Auswanderung.
5. Organisation einer länderübergreifenden Wirtschaftsentralstelle beim Völkerbund.

Zum Schluß teilt der Vorsitzende der Internationalen Handelskammer, der englische Delegierte, Sir Arthur Salton, mit, daß die Internationale Handelskammer, die die Organisation von 42 Staaten umfaßt, bereit sei, ihr gesamtes Material der Wirtschaftskommission zur Verfügung zu stellen. Heute nachmittag um 3 Uhr trennen die drei Unterkomitees A, B und C der Vorbereitenden Wirtschaftskommission auf.

Befahr, die sich am politischen Horizont recht deutlich bemerkbar macht, die Spitze bieten können? Auf Grund der Erfahrungen, die man in den letzten Jahren mit der Völkerbundspolitik gemacht hat, wird man diese Frage wohl kaum mit einem glatten Ja beantworten können.

Sereinigung der deutschen Bauernvereine.

Mainz. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hielt hier ihren diesjährigen Bauerntag ab. Den Höhepunkt des zweiten Tages bildete eine überaus stark besuchte öffentliche Versammlung im Schäferhof. Der Präsident der Reichsorganisation, Freiherr v. Kerckerling zu Borg, hielt die Vertreter der Reichsregierung, der Landesregierungen, der kommunalen und kirchlichen Behörden sowie die Vertreter der deutschen Bauernvereine mit herzlichsten Worten willkommen. Ueber das Thema Bauernverein und Wirtschaftspolitik referierte Reichsstaatsabgeordneter Dr. Croné, Mägenbrod, und das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Dr. Kaiser, Berlin. Oberredakteur Dr. Eber sprach über Bauerntum, Volkstum und Christentum, während Direktor Faulstich, Trier, sich eingehend über die Lage des deutschen Winterstandes verbreitete. Die Forderungen der Redner fanden ihren Niederschlag in mehreren Entschlüsse, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. In diesen wird u. a. verlangt, daß nicht auch weiterhin bei den Handelsvertragsverhandlungen die Interessen der Landwirtschaft zugunsten anderer Wirtschaftszweige geopfert werden, ferner Beschränkungen der Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden zur Verminderung der Steuerlasten, Sicherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft durch eine entsprechende Steuer- und Handelspolitik und Festhalten an der Unverletzlichkeit des Eigentums.

Tagung der Eisenbahner in Danzig.

Danzig. Hier begann gestern die diesjährige Tagung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Eine größere Anzahl von Gewerkschaftsvertretern aus dem Reich, dem Saargebiet, Oberschlesien und dem besetzten Gebiet hat sich eingefunden.

Auch Baden gegen den Finanzausgleich.

Karlruhe. Im landständischen Ausschuss des badischen Landtages wandte sich am gestrigen Montag nachmittags Finanzminister Dr. Köhler in scharf betonter Weise gegen die Pläne des Reichsfinanzministers zur vorläufigen Regelung des Finanzausgleiches. Dr. Köhler sagte, die vom Reichsfinanzminister gemachten Zugeständnisse könnten nicht befriedigen. Das Vorgehen des Reichsfinanzministers habe nur Beunruhigung und Mißtrauen in den Ländern geschaffen. Die ganze Angelegenheit rufe ein endgültiges Friedigma. Es müsse Klarheit geschaffen werden über die Frage: Einheitsstaatliches oder Bundesstaatliches System? In Süddeutschland werde man eifrig darüber machen, daß die in der Verfassung garantierten Rechte der Länder respektiert werden.

Der Friedensförder.

Gewiß, die Welt nach dem Kriege ist auch heute noch erfüllt von einer Atmosphäre eines chauvinistischen Machtgedankens, von Rachedenken und egoistischen Expansionsgedanken. Aber immerhin, wenigstens bei fast allen Staaten, die am Weltfrieden unmittelbar beteiligt waren, macht sich infolgedessen eine gemeinsame Einsicht und Erkenntnis bemerkbar, als man im Augenblick wenigstens es nicht zu Komplikationen oder zu unmittelbaren Kriegsausbrüchen kommen lassen will. Frankreich hat im Garibaldi-Stand und in seiner Behandlung der Milichensfälle vor den französischen Konsulaten in Italien eine Friedensliebe dokumentiert, die recht kennzeichnend für die Auffassung ist, die Paris auf Grund der augenblicklichen Weltlage hat. Wenn so überall sich eine Friedensstimmung geltend zu machen vermag, so kann man die Verantwortlichkeit Mussolinis über die Welt treibt, als die Momente beschreiben, die mit einem blühenden Schicksal die friedliche Atmosphäre zerstören können. Bisher beschäftigt sich die Presse fast aller Länder mit den Mitteilungen, die von der jugoslawisch-italienischen Grenze kommen. Man meldet dort von sehr starken Truppenzusammenschüßungen, ja sogar von einer angeordneten Teilmobilisierung durch die jugoslawische Regierung. Im Zusammenhang hiermit gewinnen die Nachrichten aus Triest, Udine und anderen Grenzstädten, die von angeblichen unehöflichen Ausschreitungen der faschistischen Vandalen sprechen, erhöhte Bedeutung. Gleichzeitig erklärt man auch, daß die Türkei in der Gegend von Abacia größere Truppenmassen zusammenzieht, die, wie man vermuten darf, gegen Italien Verwendung finden sollen, so Mussolini seinen geplanten Handstreich auf die kleinasiatische Küste wahrnehmen sollte. Selt man alle diese Tatsachen, Gerüchte, Behauptungen zusammen, so hat man recht zu sagen, daß die Welt sich in eine gefährliche Situation begibt, die sich in und um Italien auszuwirken vermag.

So wird die Beunruhigung, die von Mussolini und von der faschistischen Propaganda nach allen Seiten ausstrahlt, allmählich zu einer ersten und akuten Gefahr für den Frieden in Europa. Wird der Völkerbund, der sich als angebliche Garantmacht des Weltfriedens aufstellt, der